

Modis Reformagenda: Wie realistisch ist ein Wandel in Indien?

Milan Vaishnav*



Dezember 2015 Asia Policy Brief 2015 | 04

Indiens Premierminister Narendra Modi trat sein Amt mit einem historischen politischen Mandat an: Erstmals seit 30 Jahren errang eine Partei allein die Mehrheit der Sitze im Unterhaus (Lok Sabha). Allerdings sind auch die Erwartungen extrem hoch, denn Modi hatte im Wahlkampf versprochen, die indische Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Nach 18 Monaten im Amt und zwei Wahlniederlagen in den Bundesstaaten Delhi und Bihar werden jedoch zunehmend Fragen nach seiner wirtschaftspolitischen Leistung laut. Zwar hat die Regierung Modi die Gesamtwirtschaft stabilisiert und Wirtschaftsreformen angekündigt, die sie stufenweise umsetzen will. Umfassendere Veränderungen jedoch sind einer irritierenden Innenpolitik zum Opfer gefallen, etwa den Blockaden in der regierenden Allianz.

Acche din

Die indischen Parlamentswahlen 2014 fanden vor dem Hintergrund heftigen ökonomischen Gegenwinds statt. Obwohl die regierende United Progressive Alliance (UPA) in den ersten fünf Regierungsjahren die höchsten Wachstumsraten der indischen Geschichte verzeichnen konnte, schlug die Konjunktur in der zweiten Amtszeit um. Nicht nur die Nachwirkungen der weltweiten Finanzkrise von 2008, auch eine Reihe politischer Fehlritte, prominenter Korruptionsskandale und eine gesplante politische Führung ließen den weitverbreiteten Eindruck politischer Lähmung

entstehen, mit dem Ergebnis, dass der Investitionszyklus zum Erliegen kam. Im August 2013, weniger als ein Jahr vor den Parlamentswahlen, wurde Indien in einem Forschungsbericht von Morgan Stanley zu den „Fragilen Fünf“ gezählt, jenen Schwellenländern, die durch die schrittweise Abkehr der US-Zentralbank von ihrer Politik geldpolitischer Stimuli hart getroffen würden. Tatsächlich war das Land durch anhaltend hohe Inflation, langsames Wachstum und ein doppeltes Defizit (Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizit) anfällig für die Launen der Weltwirtschaft.

* Milan Vaishnav ist Associate im Südasienprogramm des Carnegie Endowment for International Peace in Washington, D. C. Er dankt Aidan Milliff und Saksham Khosla für die hervorragende wissenschaftliche Unterstützung.



Im Gegensatz zu dieser Situation positionierte sich Modi als der erfahrene, entscheidungsfreudige politische Führer, der der indischen Wirtschaft die *acche din*, die „guten Zeiten“, wiederbringen würde. Dabei konnte er sich auf eine beeindruckende Erfolgsbilanz während seiner zehnjährigen Amtszeit als Ministerpräsident von Gujarat stützen, die durch anhaltendes Wirtschaftswachstum und ein investitionsfreundliches Klima gekennzeichnet war. Im Zentrum des Wahlkampfes seiner Bharatiya Janata Party (BJP) im Jahr 2014 stand Modis einprägsamer Slogan *Sab ka saath, sab ka vikas* („Gemeinsam mit allen, Entwicklung für alle“).

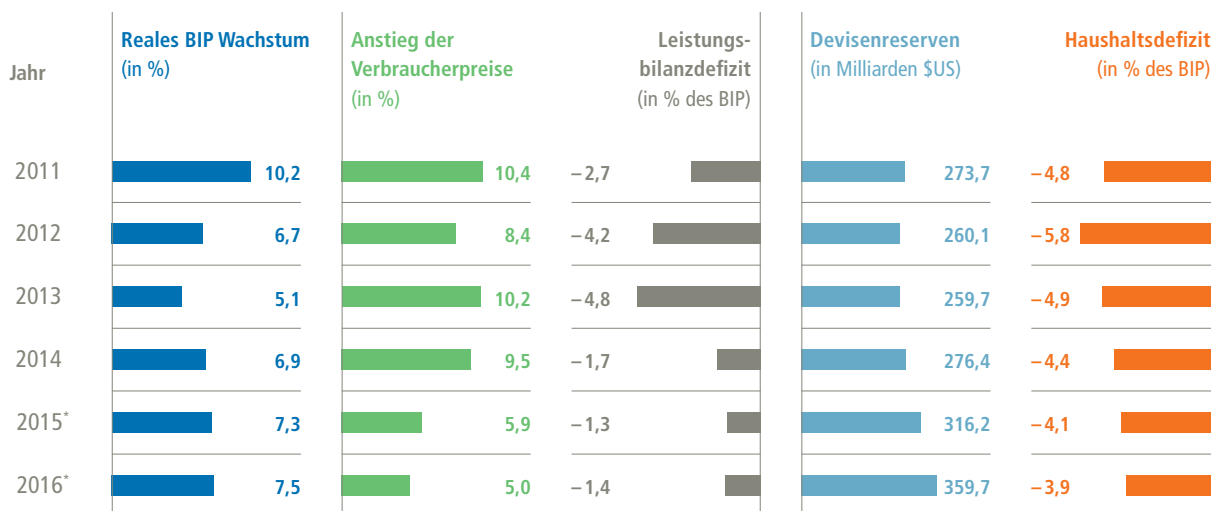
Die Antipathie der indischen Wähler gegenüber der regierenden Kongresspartei und deren Unfähigkeit, eine klare ökonomische Botschaft oder einen überzeugenden Kandidaten für das Amt des Premierministers zu präsentieren, bescherte der BJP 282 (von 545) Sitze in der Lok Sabha und der Kongresspartei (mit nur 44 Sitzen) das schlechteste Ergebnis aller Zeiten.

Gesamtwirtschaftliche Stabilisierung

Nach seinem Amtsantritt löste Modi zügig eines seiner wichtigsten Wahlversprechen ein: die Stabilisierung der Gesamtwirtschaft. Im Grunde war das Stabilisierungsprogramm bereits von der Vorgängerregierung (der United Progressive Alliance, UPA) in den letzten Monaten ihrer Amtszeit eingeleitet worden, als der damalige Finanzminister Palaniappan Chidambaram und Zentralbank-Präsident Raghuram Rajan für ein Maßnahmenbündel zur Belebung der Volkswirtschaft eintraten. Die BJP-Regierung ihrerseits bekräftigte diesen Stabilisierungskurs.

In den zwei Jahren seit seiner Aufnahme in den unehrendhaften Club der „Fragilen Fünf“ hat Indien eine bemerkenswerte Trendwende zustande gebracht (Abbildung 1). Nach dem *World Economic Outlook* des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom September 2015 ist Indien heute weltweit die am schnellsten wachsende große Volkswirtschaft, noch vor China. Für 2015 wird ein Wachstum

Abbildung 1: Makroökonomische Indikatoren 2011–2016



Quelle: World Bank; Citigroup

* Schätzungen

des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 7,5 Prozent erwartet, in China hingegen soll es auf 6,8 Prozent und in den Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens insgesamt auf 6,5 Prozent zurückgehen. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der lange Zeit über zehn Prozent lag, hat sich halbiert.

Zwischen 2008 und 2012 lag das indische Leistungsbilanzdefizit bei durchschnittlich 3,5 Prozent des BIP. 2015 wird es sich voraussichtlich einem Prozent annähern. Zwar hat die Modi-Regierung das Tempo der Haushaltskonsolidierung etwas verlangsamt, doch wird das Haushaltsdefizit als Anteil am BIP wahrscheinlich unter vier Prozent sinken – ein deutlicher Rückgang gegenüber den 6,5 Prozent in den Jahren 2009 – 2010. Einem aus täglichen Medienberichten abgeleiteten Index zufolge hat auch die wirtschaftliche Unsicherheit in Indien seit den stürmischen Zeiten 2011 – 2012 deutlich abgenommen.

Erste Anzeichen einer Erholung?

Das rosige Bild, das die gesamtwirtschaftlichen Daten Indiens zeichnen, wird durch neuerliche Anzeichen für eine Belebung des stockenden Investitionszyklus ergänzt. Betrachten wir zwei Indikatoren. Erstens: Ein klares Zeichen der wirtschaftlichen Stagnation in den letzten Jahren war die steigende Zahl der Investitionsvorhaben, die Staat und Wirtschaft zwar formal auf den Weg brachten, die jedoch nicht umgesetzt bzw. abgeschlossen werden konnten. Als Anteil am BIP erreichte dieser Investitionsstau im März 2014 mit 8,5 Prozent seinen Höhepunkt. Seitdem ist dieser Anteil in jedem Quartal (das dritte Quartal 2015 ausgenommen) stetig gesunken.

Zweitens: Die Zahl neuer Investitionsvorhaben ist in den vergangenen Monaten leicht, aber stetig gestiegen. Triebkräfte für die Wiederbelebung des Investitionszyklus sind u. a. die steigenden Infrastrukturausgaben, die Modi im Haushalt 2015 unterbringen konnte. Die Regierung hat den früheren Zeitrahmen für die Haushaltskonsolidierung nun weiter gestreckt, in der Hoffnung, dass höhere öffentliche Ausgaben – mit starker Betonung auf Straße und

Schiene – mehr Wachstum erzeugen und private Investitionen anregen. Kurzfristig scheint der Plan aufgegangen zu sein. Im letzten Jahr verzeichnete Indien ein stetiges Wachstum der Investitionsgüterproduktion und einen leicht gestiegenen Index der Industrieproduktion.

Ein Quäntchen Glück

Der Regierung Modi die Anerkennung dafür zu verweigern, die Gesamtwirtschaft stabilisiert und den Investitionszyklus wieder in Gang gebracht zu haben, wäre nicht fair. Doch gleichermaßen kurzichtig wäre es, dabei die Rolle des relativ günstigen weltwirtschaftlichen Umfeldes außer Acht zu lassen. Zunächst einmal hat Indien von den historisch niedrigen Rohstoffpreisen profitiert. Als Öl-Nettoimporteur wurden Indiens Finanzprobleme durch die gesunkenen Ölpreise gelindert, was die Importkosten drastisch reduziert und die Subventionslast insgesamt gesenkt hat.

Der Erholung kommt auch zugute, dass viele andere Schwellenländer mit ernststen Wirtschaftsproblemen konfrontiert sind. Bei den übrigen BRIC-Staaten schrumpft Brasilien seit der Herabstufung seiner Staatsanleihen auf „Ramschstatus“; Russland, von niedrigen Ölpreisen und Wirtschaftssanktionen hart getroffen, verzeichnet ein negatives Wachstum; und in China wird sich das Wachstum wohl deutlich verlangsamen, wenn die Wirtschaft durch den Schwenk von Investitionen hin zum Binnenkonsum ein neues Gleichgewicht findet. Die Schwächen dieser Länder lassen den wirtschaftlichen Erfolg Indiens im Vergleich noch heller strahlen.

Kreativer Inkrementalismus

Für viele Beobachter ist es angesichts des eindeutigen Mandats der Wähler und von Modis Wahlversprechen, dass er dem Land „bittere Pillen“ verabreichen würde, um die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, überraschend, wie behutsam seine Regierung bei ihren Wirtschaftsreformen vorgeht. Offensichtlich beschreitet Modi jedoch bewusst einen Weg des „kreativen Herantastens“, statt



Abbildung 2: Stand wichtiger Reformen

Abgeschlossen / in Durchführung	Ausstehend
Anhebung der Obergrenzen für ausländische Direktinvestitionen bei Verteidigung, Versicherungen, Schienenverkehr usw.	Einheitliche Steuer auf Waren und Dienstleistungen (GST)
Reform des Energiesektors (Diesel-Deregulierung; Rohstoffauktionen)	Arbeitsmarktreforemen
Geldmarktpolitischer Handlungsrahmen	Entwicklung eines landwirtschaftlichen Binnenmarkts
Reformen im Bankwesen/Finanzsektor	Neuer Ordnungsrahmen für Public Privat Partnerships (PPP)
Nutzung biometrischer Daten für direkte Leistungstransfers	Privatisierung von Staatsunternehmen

Quelle: Autor

„Brachialreformen“ ins Werk zu setzen, die einen scharfen Bruch mit dem Status quo bedeuten würden.

Dieser inkrementelle Ansatz der Regierung hat eine Reihe wichtiger Ergebnisse hervorgebracht (Abbildung 2). In den Bereichen Verteidigung, Versicherungen und Schienenverkehr hat sie die Obergrenzen für ausländische Direktinvestitionen angehoben. Sie hat die Preise für Dieselkraftstoff dereguliert, den Kohlebergbau für private Firmen geöffnet und darüber hinaus gesetzlich geregelt, dass Bergbaukonzessionen durch Auktion vergeben werden. Trotz anfänglicher Kritik an dem noch von der UPA-Regierung eingeführten Programm zur biometrischen Identifizierung, bekannt als *Aadhaar*, hat Modi dieses weiter ausgebaut und nutzt es, um das korruptionsanfällige System staatlicher Hilfsleistungen durch Direktzahlungen auf die Konten der Empfänger zu ersetzen.

In Finanzfragen hat die Regierung – außer neuen Inklusionsmaßnahmen, die jedem indischen Haushalt ein Bankkonto sichern – ein neues Programm zur Inflationsbekämpfung aufgelegt und die Bemühungen der Vorgängerregierung fortgeführt, den rechtlichen und regulativen Rahmen

für den Finanzsektor zu reformieren. Außerdem versuchte sie – letztendlich jedoch erfolglos –, ein umstrittenes Gesetz von 2013 zur Regelung des Landerwerbs zu ändern, um der Industrie den Kauf von Land zu erleichtern.

Eine Reihe anderer Reformen steht noch aus, lässt aber hoffen. Die folgenreichste wäre wohl die Einführung einer neuen einheitlichen Goods and Services Tax (GST), die Handelshemmnisse zwischen den Bundesstaaten abbauen würde. Weitere in der Entwicklung befindliche Reformprojekte betreffen Gesetze zur Schaffung eines Binnenmarktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse, ein neues Gesetz zur Infrastrukturregulierung und die Vereinheitlichung des unübersichtlichen Arbeitsrechts zu vier „Arbeitsgesetzbüchern“ für Löhne, Arbeitsbeziehungen, soziale Sicherheit und Arbeitsbedingungen.

Aufmüpfige Demokratie

Da die Regierung Modi bislang durchaus beeindruckende Leistungen vorzuweisen hat, kann man ihr keine Reformabstinz vorwerfen. Diskutabel ist allerdings die zögerliche Umsetzung ihres Reformprogramms – weit entfernt

von ihrem Wahlversprechen 2014: „Möglichst viel Gestalten, möglichst wenig Regieren“. Der offensichtlichste Grund hierfür ist die Vielfalt der Veto-Möglichkeiten, die als demokratische Kontrollmechanismen einem tiefergreifenden Politikwandel entgegenstehen. Ein Beispiel: Zwar konnte die BJP-Allianz bei den Wahlen zum Unterhaus (Lok Sabha) eine satte Mehrheit einfahren, im Oberhaus (Rajya Sabha) ist sie jedoch klar in der Minderheit. Da dessen Mitglieder von den Parlamenten der Bundesstaaten bestimmt werden, verändert sich seine Zusammensetzung nur äußerst langsam.

Wollen die BJP und ihre Bündnispartner bis zum Ende der ersten Amtszeit Modis eine Mehrheit im Oberhaus erringen, müssen sie bei den kommenden Wahlen in den Bundesstaaten außerordentlich gut abschneiden. Die Notwendigkeit, Wahlen in verschiedenen Bundesstaaten zu gewinnen, beeinträchtigt jedoch die Politikgestaltung auf nationaler Ebene, da sie den Druck durch immer neue Wahltermine erhöht.

Eine weitere Kontrolle der Exekutive bildet Indiens unabhängige Justiz. In zwei prominenten Fällen haben Gerichtsurteile den Reformeifer der Regierung gebremst. Im ersten Fall verabschiedeten das Parlament und die Mehrheit der Bundesstaaten 2014 eine wichtige (wenn auch umstrittene) Änderung der Verfassung, mit der eine neue National Judicial Appointments Commission (NJAC) eingesetzt wurde – als Ersatz für das undurchsichtige Kollegialsystem zur Ernennung der höheren Richterschaft. Obwohl die Regierung die NJAC als eine Verbesserung des problematischen Ernennungsprozesses pries, befand der Supreme Court (Oberstes Bundesgericht) die Änderung für verfassungswidrig.

Ein weiterer prominenter Fall betrifft die Absicht der Regierung, die Daten aus dem Programm zur biometrischen Identifizierung zu nutzen, um Beihilfen und Sozialleistungen zuzuteilen. Der Supreme Court hat den Plan durchkreuzt, dieses System für Leistungstransfers verbindlich einzuführen, wenngleich eine aktuelle Übergangsrege-

lung seinen freiwilligen Einsatz für eine sehr begrenzte Anzahl von Sozial- und Gesundheitsprogrammen erlaubt.

Interne Beschränkungen

Die Vetomöglichkeiten im demokratischen System Indiens sind weithin bekannt. Die zahlreichen Hindernisse für Wirtschaftsreformen, die innerhalb der regierenden Allianz bestehen, finden allerdings weniger Beachtung. Vor allem vier sind erwähnenswert.

Zunächst ist nicht klar, ob Modi tatsächlich von der Notwendigkeit umfassender Reformen überzeugt ist. Als Ministerpräsident von Gujarat betonte er immer wieder zwei wichtige, jedoch kaum aufsehenerregende Prioritäten: Effizienz und Infrastrukturausbau. Statt Staatsunternehmen in Gujarat abzubauen, versuchte Modi, ihr Management und ihre Effizienz zu verbessern. Er erntete Beifall für die Instandsetzung der dortigen Infrastruktur und die Schaffung eines einheitlichen „Fensters“ für Genehmigungen für Unternehmen, die große Kapitalanlagemöglichkeiten suchen. Auch während der ersten 18 Monate in Delhi orientierte sich Modi an diesen Prioritäten.

Zum anderen, jedoch auch in Verbindung mit dem oben Beschriebenen, ist nicht unmittelbar ersichtlich, dass Modi oder seine engsten Berater eine eindeutige ökonomische Strategie hätten. So gibt es eine Tendenz, bei Widerständen einfach einen anderen Kurs einzuschlagen. Beispielsweise befürworteten viele Beamte im Finanzministerium seit Langem die Einrichtung einer unabhängigen Agentur, um das Schuldenmanagement von der Geldpolitik zu trennen und auf diese Weise einen für die Zentralbank Indiens (RBI) inhärenten Interessenkonflikt zu lösen. Eine solche Vorschrift hatte die Regierung in ihre Haushaltsvorlage 2015 aufgenommen und ihre Durchsetzung angekündigt. Wenige Tage später jedoch, als Einwände erhoben wurden, änderte sie ihren Kurs.

Auch wenn man nicht davon ausgeht, dass die Regierung eine klar formulierte Reformstrategie hat, so lassen Modis eigene Äußerungen eine dritte mögliche Bremse



vermuten: die Überzeugung, seine Regierung habe reichlich Zeit. Modi hat öffentlich eine „Agenda der ersten 100 Tage“ oder sogar des ersten Jahres oder der ersten fünf Jahre verworfen, weil er zehn Jahre (bzw. zwei fünfjährige Amtszeiten) brauche, um „Indien ins 21. Jahrhundert zu führen“. Sollte Modi mit einem Zeithorizont von zwei oder gar drei Amtszeiten operieren, wird eher verständlich, warum er es vorzieht, die ersten Jahre seiner Regierung nicht mit drastischen Maßnahmen zu überfrachten, sondern Veränderungen schrittweise und über einen längeren Zeitraum verteilt anzugehen. Diese Tendenz wird wahrscheinlich noch verstärkt durch den weitverbreiteten Eindruck, dass die unerwarteten Verluste der BJP bei den Parlamentswahlen 2004 das Ergebnis eines zu hohen Reformtempos während ihrer Regierungszeit waren.

Außer Modis Agenda ist es auch wichtig zu bedenken, dass die BJP eine Volkspartei ist. Zu ihren Anhängern gehören Verfechter des freien Marktes, also Wirtschaftsliberale, ebenso wie Hindu-Nationalisten, die den Prinzipien von *swadeshi* (Autarkie) anhängen und den Schutz der Kuh (*gau raksha*) predigen, sowie Politiker aller Couleur zwischen diesen beiden Polen. Die Regierung Modi vollführt ständig einen Drahtseilakt. Drängt sie zu sehr auf Reformen, droht der nationalistische Flügel in der BJP, der ideologisch dem Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) nahesteht, mit Protesten oder dem Boykott der nächsten Wahl. Geht die Regierung aber zu weit auf die Nationalisten zu, riskiert sie den Verlust ihrer wirtschaftsfreundlichen Anhänger. Mit einem Kurs der Mitte will die Regierung alle Seiten zufriedenstellen

Ausblick

Der Tanker BJP geriet 2015 in einige Untiefen. Nach der Wahlniederlage im Februar im Bundesstaat Delhi – dort unterlag die BJP dem Neuling Aam Aadmi Party (AAP) – wurde sie auch in Bihar von der Opposition dezimiert. Dass die BJP dort die Macht nicht erringen konnte, obwohl Modi persönlich den Wahlkampf führte, verdeutlicht die inter-

nen und externen Beschränkungen, denen sich der Premierminister in mindestens dreierlei Hinsicht gegenüber sieht:

Zunächst spielt Bihar im Machtgefüge des indischen Föderalismus eine wichtige Rolle, nicht zuletzt, weil es 16 Sitze im Oberhaus hat, die die BJP dringend braucht. Des Weiteren ist Bihar im buchstäblichen und sinnbildlichen Sinne das Tor zum Osten Indiens, einem Teil des Landes, in dem die BJP unbedingt Fuß fassen will. Und schließlich schädigt das Ergebnis Modis Ansehen, denn er hatte sich im Wahlkampf in hohem Maße persönlich engagiert. Dieser Prestigeverlust erschwert ihm die Kontrolle des Parteiapparats und gefährdet künftige Versuche, die nationalistischen Elemente seiner Basis im Zaum zu halten, deren Aktionen von seinem Kernanliegen – der Wirtschaft – ablenken. Kurz gesagt, machen es die Wahlergebnisse wahrscheinlicher, dass Modi seinem inkrementellen Reformkurs treu bleibt. Aber selbst dieses schrittweise Vorgehen bietet Chancen, die bislang nicht genutzt wurden.

Zunächst geht die Regierung Modi ganz neu an den Föderalismus heran: Sie betont die Kooperation zwischen Zentralregierung und Bundesstaaten, ebenso wie den Wettbewerb zwischen den Bundesstaaten. Um Letzteren zu fördern, löste sie die seit Jahrzehnten bestehende Planungskommission auf und erhöhte den Anteil der direkt an die Bundesstaaten transferierten zentralstaatlichen Einnahmen. Dazu rief Modi eine neue Initiative ins Leben: ein Ranking, in dem die Bundesstaaten danach beurteilt werden, wie leicht oder schwer man dort Geschäfte machen kann. Die Regierung nutzte ferner ihre Vollmachten nach Artikel 25 Absatz 2 der Verfassung, um den Bundesstaaten die Möglichkeit zu geben, probeweise Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen – in Angelegenheiten, die gleichzeitig in die Zuständigkeit von Zentralregierung und Bundesstaaten fallen. Dadurch wird Letzteren die Regelung heikler Fragen der Arbeitsrechts- und Bodenreform übertragen, in der Hoffnung, dass erfolgreiche politische Experimente genügend Nachahmer finden. Bislang haben die BJP-regierten Staaten Rajasthan und Madhya Pradesh

diese neu eröffnete Möglichkeit genutzt, um das strenge Arbeitsrecht zu lockern. Mit dieser hervorragenden Plattform kann Modi sogar noch weitergehen und die BJP-Staaten dazu anhalten, ein gemeinsames Minimalprogramm für Wirtschaftsreformen zu verabschieden, um im Gleichschritt Gesetze zu ändern, die bundes- und zentralstaatliche Zuständigkeiten betreffen.

Zweitens sieht sich die Regierung in den kommenden Jahren einem finanziellen Dilemma gegenüber: Sie hat den Haushalt zu konsolidieren, um die Finanzmärkte zu beruhigen, gleichzeitig aber steht sie unter Druck, die Staatsausgaben zu erhöhen, um die Infrastruktur auszubauen. Zudem muss sie vielleicht neue Haushaltsbelastungen ausgleichen, die durch einen vor kurzem veröffentlichten Bericht der Regierungskommission entstehen könnten, die für die Besoldung von Regierungsmitarbeitern zuständig ist.

Eine naheliegende Lösung, wie sie der Ökonom Sajjid Chinoy formuliert, bestünde darin, staatliche Vermögenswerte zu veräußern und einen Teil der Erlöse für öffentliche Ausgaben bereitzustellen. Dies wäre im Wesentlichen ein Tausch von Vermögenswerten (Asset Swap): eine Umleitung öffentlicher Gelder von Staatsunternehmen in eine produktive öffentliche Infrastruktur. Dieses aufgezwungene Dilemma könnte die Regierung als politisch willkommenes Alibi nutzen, um entsprechende Änderungen durchzusetzen. Zwar hat die Regierung ehrgeizige Pläne zum Verkauf staatlicher Vermögenswerte angekündigt, diese bislang aber nur sporadisch umgesetzt.

Drittens erfordert das Ziel nachhaltig hoher Wachstumsraten implizit auch, die Qualität der öffentlichen Einrichtungen zu verbessern. Leider muss sich die Regierung hier sowohl Tat- als auch Unterlassungssünden vorwerfen lassen. Was Erstere betrifft: Bei seinem Amtsantritt sorgte Modi rasch für eine Machtzentralisierung im Amt des Premierministers. Die Wiederherstellung von Autorität und Legitimität des Amtes war notwendig, weil dessen Glaubwürdigkeit unter der Vorgängerregierung arg gelit-

ten hatte. Die Zentralisierung der Macht birgt jedoch auch das Risiko neuer Engpässe und Verzerrungen.

Zudem hat die Regierung ihren Einfluss häufig auch dann geltend gemacht, wenn sie es besser unterlassen hätte, etwa bei ihrem Eingreifen in die Abläufe im Hochschulwesen oder der Belohnung politischer „Freunde“ mit guten Führungspositionen in der Regierung oder in halbstaatlichen Einrichtungen. Nahezu jede indische Regierung in der jüngeren Vergangenheit folgte einem ähnlichen Muster; dies ist aber auch der Grund, weshalb alle dem Regierungshandeln einen Bärendienst leisteten.

Von diesen groben Fehlern abgesehen hat die Regierung auch klare Chancen für eine Reform des öffentlichen Sektors verpasst. Das Parlament verabschiedete 2013 ein Gesetz zur Einrichtung des Amtes eines Ombudsmanns (*Lokpal*) für die Korruptionsbekämpfung, doch seine Umsetzung durch die Regierung Modi steht noch aus. Die Central Information Commission (CIC) hatte entschieden, dass politische Parteien dem Informationsfreiheitsgesetz unterliegen, wodurch die indischen Parteien mit ihren undurchsichtigen Geschäften erstmals einem Mindestmaß an Transparenz ausgesetzt wären. Trotz Modis Beteuerungen, gegen die Korruption und Amtsvergehen vorzugehen, weigert sich die Regierung jedoch, das Urteil der Kommission anzuerkennen. Die BJP hat sich sogar der Weigerung fünf anderer Parteien angeschlossen, vor der CIC zu erscheinen.

Fazit

Narendra Modi ist 18 Monate im Amt. Zu Beginn seiner Amtszeit rückte seine Regierung klugerweise die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung in den Vordergrund, um die geerbten wirtschaftspolitischen Altlasten zu stemmen. Diese Entscheidung hat sich durchaus bezahlt gemacht: Obwohl Indiens Wirtschaft noch immer ihre Schwachstellen besitzt, ist sie heute deutlich besser als noch vor zwei Jahren imstande, dem weltwirtschaftlichen Gegenwind standzuhalten. Was jedoch die allgemeine wirtschaftspolitische Reformagenda angeht, kann die



Regierung durchaus konstruktiv kritisiert werden. Zwar scheiterte sie mit ihrem Versuch, die strengen Vorschriften für den Landerwerb zu lockern, doch konnte sie in einigen Bereichen stufenweise bereits wichtige Veränderungen durchsetzen: bei der Verbesserung des Investitionsklimas, der Reform der staatlichen Hilfsprogramme, der Rohstoffpolitik und bei finanz- bzw. geldpolitischen Reformen.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen externen und internen Beschränkungen, die in ihrer Wirkung durch die jüngsten Wahlniederlagen verstärkt wurden, ist es

unwahrscheinlich, dass Modi den Pfad der graduellen Reformen verlässt. Aber selbst bei dieser Zurückhaltung kann die Regierung das föderale System nutzen, um Reformen auf Ebene der Bundesstaaten voranzubringen; sie kann zudem extern bedingte Beschränkungen als Hebel einsetzen, um ihre Prioritäten bei den Staatsausgaben zu ändern. Andererseits wären wirklich grundlegende Reformen – in Bezug auf Verwaltung und Regierungshandeln – die lohnendste langfristige Investition. Könnte Modi sich diese Agenda zu Eigen machen, würde dies tatsächlich den Anbruch der *acche din* (der „guten Zeiten“) bedeuten.

Weiterführende Literatur:

Bibek Debroy, Ashley Tellis, and Reece Trevor. "Getting India Back on Track: An Action Agenda for Reform" Washington, DC, 2014: Carnegie Endowment for International Peace.

Suhas Palshikar, K.C. Suri. "India's 2014 Lok Sabha Elections: Critical Shifts in the Long Term, Caution in the Short Term" *Economic and Political Weekly* 49, no. 39 (September 27, 2014): 39–49.

Suyash Rai, Milan Vaishnav. "Narendra Modi's One-Year Ledger" *Mint*, May 25, 2015, <http://www.livemint.com/Opinion/Ls2dvmNymwP6yH0vynZyrM/Narendra-Modis-one-year-ledger.html>.

Milan Vaishnav. "Understanding the Indian Voter" Carnegie Endowment for International Peace, 2015, <http://carnegieendowment.org/2015/06/23/understanding-indian-voter/iawy>.

Ashutosh Varshney. "Hindu Nationalism in Power?" *Journal of Democracy* 25, no. 4 (2014): 34–45.

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief“ abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an asien@bertelsmann-stiftung.de.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief“ finden Sie auf unserer Website www.bertelsmann-stiftung.de/asien unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen“.

ISSN 2364-8554

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de